

# Woffische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheit (außer dem Handelsstil) Dr. Carl Misch, Fernverkehr: Dönhoff 3606—3698. Familien-Anzeigen: Anzeigen-Zeile 35 Pfening. Familien-Anzeigen: Anzeigen-Zeile 35 Pfening. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzeige 15 Pf.] - Nr 614

DONNERSTAG, 31. DEZEMBER 1931

MORGEN-AUSGABE

## Regierungstreffen in Lausanne

### Beginn der Verhandlungen am 18. oder 20. Januar

Der englische Vorkaiser Sir George Hambold hat gestern beim Staatssekretär des Auswärtigen Dr. von Bülow vorgeschrieben, um ihm namens seiner Regierung vorzutragen, daß die Reparationskonferenz am 18. Januar zusammenzutreten und in Lausanne abgehalten werden soll. Die deutsche Regierung wird vermutlich heute schon dem englischen Außenminister mitteilen lassen, daß sie mit dem Termin und dem vorgeschlagenen Tagungsort einverstanden sei. Auch die englischen diplomatischen Vertreter in Frankfurt, Belgien, Italien, Japan, Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und Polen haben diesen Vorschlag ihrer Regierung unterbreitet. Von französischer Seite wird dagegen weiter der 20. Januar als Konferenzbeginn genannt.

Es ist danach gewiß, daß die internationale Regierungskonferenz in Lausanne abgehalten werden wird. Da nicht der Beginn der Konferenz um einige Tage hinausgeschoben werden wird, so hängt von dem Gang der Verhandlungen des Stillehaken-Komites in Berlin ab. Es ist anzunehmen, daß diese Verhandlungen bis dahin abgeschlossen sein werden.

Um den Konferenzort ist zwischen den Kabinetten ein diplomatischer Kampf ausgefochten worden, der beengt war durch die

Ueberlieferung der Reparationskonferenz mit der Tagung des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz. Am 26. soll der Völkerbund sich in Genf veröffentlichen, am 2. Februar die Abrüstungskonferenz ebenfalls in Genf beginnen. Aus diesem Grunde wurde für die Reparationskonferenz ein größerer Ort in der Schweiz vorgeschlagen, damit jene Delegierten, die an beiden Konferenzen teilnehmen, möglichst bequem von einem Konferenzort aus den anderen erreichen können. Es waren Genf, Zürich und Luzern in Vorschlag gebracht. Gegen Lausanne hatte die deutsche Regierung ursprünglich Einwendungen erhoben, die Bedenken aber fallen gelassen. Man war sich in der Wilhelmstraße einig darüber, daß, wenn von den anderen Mächten Lausanne gewählt werden sollte, dieser Vorschlag akzeptiert werden könnte. Eine formelle Einladung zu der Konferenz ist erst zu erwarten, wenn eine allgemeine Vereinbarung über Lausanne als Tagungsort erreicht ist. An der Reparationskonferenz werden nur die interessierten europäischen Mächte teilnehmen. Es ist seit gestern gewiß, daß die amerikanische Regierung zu der Lausanner Konferenz keinen offiziellen Vertreter entsenden wird, gleichgültig, ob das Verhandlungsthema auf die Reparationen beschränkt bleibt oder nicht. Die deutsche Regierung wird in Lausanne durch den Reichsdeputierten vertreten sein, dem die Minister Dietrich und Bartholdy zur Seite stehen werden.

Siehe auch zweite Seite

## 1932 zur Volksgemeinschaft?

Von

Dr. h. c. KARL SCHNARNACK,

Oberbürgermeister der Stadt München und Mitglied des Bayerischen Landtages.

Der Süden Deutschlands, ausgezeichnet durch starke Boharrungskraft, kann — unsonnen — Wirren ein stabilisierendes Element darstellen. Deshalb verdienen die Ausführungen des Stadtoberhauptes der bayrischen Hauptstadt besondere Beachtung, auch wenn manche Einzelzitate im Norden anders beurteilt werden.

Die Forderung einer Volksgemeinschaft wird seit Jahren von allen Getreuen aus den verschiedensten Gründen erhoben. Was ist es die soziale und wirtschaftliche Not, bald sind es die staatspolitischen Umstände, hin und wieder auch kulturpolitische Einstellungen und Beurteilungen, die diese Forderung erheben lassen. Evident wird jeder Volkstreue und jeder, der es mit der Zukunft des Deutschen Reiches gut meint, in die Forderung einstimmen. Sozieflos ist aber auch heute fieber, daß die Mächigen, die die verschiedensten Zwecke bei Erhebung der Forderung hegen, fast voneinander abweisen, und daß jeder nur zu viele in der Volksgemeinschaft eine widerstandslose Sinnprobe der Bewirkung ihrer Absichten durch die anderen sehen möchten.

Sinn und Wesen einer wahren Volksgemeinschaft haben wir doch alle erlebt in den Augusttagen 1914. Was war der Grundbebanne der damaligen Volksgemeinschaft? Reich und Heimat zu schützen! Es war selbstverständlich, daß diese Aufgabe nur erfüllt werden konnte auf der gegebenen Grundlage der Behaltung des Reiches, der beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Etablierung einer Bevölkerung und unter Einwirkung der bewährten Einrichtungen, die in Wirtschaft, öffentlichem Leben und im Seereswesen im Laufe der Generationen erklunden waren. Wenn durch die Außerordentlichkeit der Kriegsverhältnisse besondere Maßnahmen und Abänderungen in den Zuständigkeiten notwendig wurden, so wurden sie von allen Seiten willig hingenommen im Bewußtsein über ihrer Notwendigkeit und der vorübergehenden Dauer der Abänderung, die abgehelt war auf die Zeit des Notstandes.

Wie so ganz anders sind die Voraussetzungen heute, in einer Zeit, in der der Notstand für die Nation fieberlich nicht mehr geringer ist als in den Jahren des Weltkrieges, und in der die Volksgemeinschaft daher die gleiche Notwendigkeit barstellen würde wie sie eine solche in den Augusttagen 1914 war.

Aber die Einstellung unseres Volkes ist leider grundfährlich anders geworden. Die Kreise, die aus irgendwelchen Gründen absehbare Abänderungen von den für die Leitung der Geschäfte verantwortlichen Stellen haben, sind heute nicht mehr nebensächlich und unbedeutend, sie sind an Zahl wie an Kraft ihrer Auswirkung außerordentlich gewachsen. Der Volkstörper selbst ist nicht mehr so gesund, und zwar so wohl geistig wie körperlich, um diese Kreise absteuern zu können. Vor allem fehlt in weiten Kreisen das Vertrauen zu den verantwortlichen Verantwortlichkeiten und zu den Mitteln, die diese Vertrauen zu untergraben wurde allerdings in den zurückliegenden Jahren gerade von diesen berufenen Stellen fieber viel fieberlich verurteilt. Durch politische Parteien, die nach dem Unsturz bestimmend mitgewirkt haben an der Weiterführung des Reiches, wurde dauernd die Forderung aufgestellt und vertreten, daß die neue Zeit unbedingt auch neue Formen für Staat und Gesellschaft brauche. Die so propagierte Forderung der Vergrößerung eines glänzenden Reiches durch ihre Vergrößerung, die sich in der ersten Aufwindung genommen und im frische Übermaß zu verhalten sein Volk überbringen konnte, mußte den Widerpruch aller Kreise hervorbringen, die übergebet waren, daß auch mit den bisherigen Formen von Reich und Ländern eine geistliche Arbeit zu leisten wäre. Die Geisteskräfte wurden in dem neuen Reich fieber, die fieber das Vertrauen in die mehr die parteipolitischen Einflüsse zu zentralisieren und den Apparat in die Hand zu bekommen verurteilten. Die Entwicklung verurteilte in der Hauptstadt die Vereinerung Deutschlands in Parteien und Parteigruppen, die nicht mehr Volk und die große Aufgabe der Erhaltung von Staat und Volk als höchstes Ziel zu erkennen.

Die Forderung, daß die Volksgemeinschaft einer zentralen Behaltung des Reiches mit der Vereinerung von allen Interessen gegenüber dem Ausland begründet, ist nicht aber doch vorteilhaft gerade das Gegenteil richtig, daß gegenüber den militärisch

## Die neuen Post-Gebühren

### Ermäßigung für Briefe und Pakete — Fernsprechgebühren bleiben

Der Verwaltungsrat der Reichspost hat gestern nach längerer Beratung eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die sich auf den Brief- und Paketverkehr beziehen. Um einzelnen wieser sich die Ermäßigungen folgendermaßen aus:

Es werden gekürzt: Die Gebühren für Fernbriefe bis 20 Gramm von 15 auf 12 Pf., die Fernbriefe von 20 bis 250 Gramm von 30 auf 25 Pf., die Gebühren für Briefe über 250 Gramm bleiben unanändert. Die Fernpostkarte kostet künftig statt 8 nur 6 Pf., die Postkarte mit Antwort fünf 16 nur 12 Pf.

Bei den Paketen werden in Zukunft vom Abnehmer lediglich die Beförderungsgebühren und nur im Falle der Zustellung vom Empfänger die Zustellgebühr von 15 Pf. für jedes Paket erhoben. Die Beförderungsgebühren betragen künftig bis zu 5 kg, in der 1. Zone 30 Pf., in der 2. Zone 40 Pf., und in der 3. bis 5. Zone 60 Pf. Über 5 kg, bis 10 kg, werden die Gebühren in der 1. Zone für jedes Kilogramm mit 5 Pf., in der 2. mit 10, in der 3. mit 20, in der 4. mit 30 und in der 5. Zone mit 40 Pf. gekürzt. Bei Paketen über 10 kg, beträgt diese Ermäßigung in der 1. Zone 10 Pf., in der 2. 15, in der 3. 20, in der 4. 25 und in der 5. Zone 30 Pf. Außerdem wird der Fernverpackungspreis für Pakete angehoben.

Die Fernsprech- und Telegrammgebühren werden von dieser Gebührenerhöhung nicht berührt. Wegen gewisser technischer Schwierigkeiten in der Durchführung werden die neuen Gebührenerlässe voraussichtlich erst Mitte Januar in Kraft treten.

\*

Die Volksgemeinschaft wird diese Gebührenerhöhung zweifellos begrüßen, denn sie kommt jedem einzelnen Staatsbürger gleichmäßig zugute, und vielleicht trägt sie auch dazu bei, den Brief- und Postartenverkehr — der im letzten Jahr um etwa 15 v. h. gestiegen war — wieder zu steigern und damit die „Selbstkosten“ der Reichspost zu verringern.

Die Wirtschaft als Trägerin einer Bevölkerung aller Rollen wird vielleicht enttäuscht sein und von Verwaltungswesen eine härtere Bewirtschaftung ihrer Wünsche erwartet haben. Aber der Verwaltungsrat war in einer Zwangslage: für die Ermäßigung der Tarife stand insgesamt nur ein Betrag von 125 Millionen zur Verfügung, und hätte man diese Summe gleichmäßig auf alle Verkehrs-Zweige verteilt, dann hätte sich eine Entlastung um nur 5 v. h. bei den meisten und häufigsten Gebührenerläsen um Bruchteile von Pfennigen ergeben, die in ihrer Wirkung geringfügig, in ihrer Durch-

führung schwierig oder sogar unmöglich gewesen wäre. Man muß also die Bewirkung auf einige Gebührenerlässe konzentrieren, um sie überhaupt praktisch fahrbar und technisch durchführbar zu gestalten.

Die Wichtigkeit des Verwaltungsrats scheint sich nun von der psychologischen Wirkung auf die Allgemeinheit den größeren Erfolg verprochen zu haben; ihre Entscheidung entspricht den Beobachtungen, die wir in der „Woffischen Zeitung“ dargestellt haben. Wir wieser auf diese psychologische und moralische Wirkung einer Herabsetzung der Briefgebühren hin: jeder Deutsche gibt jährlich im Durchschnitt 100 Briefsendungen auf, würde also in jeder Woche zweimal erinnert werden: daß die Post billiger geworden ist!

Trotz solcher Hoffnungen wird man sich nicht darüber täuschen dürfen, daß diese Maßnahme überaus fieberliche Gebührenerhöhung dem allgemeinen, von der Reichsregierung geforderten Preis-Abbau nur ungenügend folgt. Es wird deshalb in nächster Zeit zu überlegen und zu erörtern sein, ob ein Gebührener-Abbau größeren Umfangs nicht durch Maßnahmen der Reichspost selbst möglich ist, durch Verkehrsvereinfachung und Entlastung der Selbstkosten, durch härtere Gehaltsmäßige-mechende Tätigheit, und nicht auf Kosten eines Gebührener-Abbaus der Beamten wie dieses Mal.

k a p.

## Schokolade-Preisbindung aufgehoben

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat gestern mit dem Verband deutscher Schokoladenfabrikanten und dem Verband der Schokoladenhändler über die Preisbindung auf Schokolade, Schokoladenartikeln und Kakaozubereitungen, der Verband der Schokoladenfabrikanten erklärte in der Befragung, daß die Schokoladen-Industrie keine Preisbindung vornehmen kann, da bereits im ersten Halbjahr 1931 in härterem Umfang eine Preisbindung durchgeführt ist.

Wird diesen Entschluß fällt ab 1. Januar 1932 der Preis für die Marktartikel in der Schokoladenbranche, soweit die Preise nicht gebunden waren, frei also die Fabrikation auf, und sowohl Industrie wie Handel treten für diese Waren in freier Wettbewerb. Die hierdurch entstehende Preisentwertung wird vom Reichskommissar beobachtet werden.

so übermäßigen Gernern das deutsche Volk sich wie früher hätte moralisch zur Wehr setzen können, wenn man es nicht ärgerten hätte durch die Forderung, trotz des politischen Grades von außen den Aufbau im Inneren ganz neu zu gestalten. Auch Frankreich hätte nach dem Siege von 1870 kein Material mehr, als das Volk und seine Vertretung handlungsfähig als geschlossene Nation dem Sieger gegenüber. Diese Geschlossenheit fehlt uns durch die vielgestaltigen, in größter Notzeit politische Veränderungen vorzunehmen, die weiten Kreisen und nicht den schlechtesten einfach untragbar erscheinen mußten. Die Zeiten sind heute nicht mehr so geordnet. An Stelle des militärischen Druckes der Feindesstaaten ist der wirtschaftliche Druck, der auf den ganzen Welt laftet, getreten. Man kann selber nicht abwarten, daß mangebende Kräfte und Parteien die einzig mögliche Forderung ziehen möchten, in diesem Augenblicke alles zurückzulassen, was Gegenstände schafft und die erforderliche Geschlossenheit vermindert. Wohl ist in den letzten Wochen eine merkbare Entspannung eingetreten und besonders im Süden des Reiches hat die Erkenntnis, daß der gegenwärtige Kenner der Geschichte des Reiches Verständnis für die Forderungen der Kräfte und Parteien in der dem Lande nicht zu Fuß gefährt. Aber immer wieder lassen sich Stimmen hören und machen sich Bekleidungen geltend, die erkennen lassen, daß jene Kräfte nach wie vor an Werte sind, die trotz aller Not der Zeit Pläne verfolgen, die eine Einheit des Volkes herbeiführen sollen, eine noch größere Zerplitterung und direkte Entwertung aber zur Folge haben können.

Nicht weniger bedrohlich als die Gefährdung der Wohlgefühle einer Volksgemeinschaft durch staatspolitische Ertötungen ist die parteipolitische Zerlegung, die unser Volk zersplittert. Deutschlands Städte der früheren Zeit war die Zivilisiertenheit seiner Bevölkerung. Man sollte es nicht abwarten, daß so lange Zeit nach einem Krieg, in dem an die Zivilisten aller Kreise die höchsten Anforderungen gestellt wurden und in dem diese Zivilisten Ungleiches geleistet hat, ein solches Zerlegen dieser alten großen Tugend festzuhalten ist.

Es ist nicht wahr, was immer behauptet wird, daß das Volk eben seine Führer hätte. So hat deren zu viele, sind viel besondere Leistungen zu vielen Personen eine solche Einigung verleiht worden, sondern weil zu viele sich führen fühlen, Führer zu sein, um grade ausreichend ihre Idee zur Geltung zu bringen. Auch niemals hat für ein Volk aus einem solchen geistlichen Genüß eine Richtung erwachsen können. Immer wieder werden einseitige Einigkeit ein Wandel nicht zu erhoffen ist, ist um so mehr zu erwarten, daß die einzigen Führer der Nation, denen die Qualitäten hierfür zweifellos zuzurechnen sind, von diesen beiden Gebrauch machen, die man von den Führern im Weltzweige erwartet hat: unerbittliches Festhalten an den geltenden Zielen, absoluter Einigkeit aller Kräfte, das Ziel zu erreichen, und inreine Kraft und Stärke, damit sie das Vertrauen einflößen können, ohne das sie für ihre Aufgabe nicht genauden wären.

Nach einer einzigen Richtung kann man in der heutigen Zeit gegenüber der Beschaffenheit der Vorkriegszeit eine größere Geschlossenheit in unserem Volke und damit eine Voraussetzung für die Volksgemeinschaft erkennen. Es war in früheren Jahrzehnten die größte Gefahr des deutschen Volkes, das es dauernd durch eine konfessionelle Spaltung in zwei Lager getrennt bleiben könnte, die ohne Verbindung, ja sogar gegenseitlich nebeneinander bestehen würden. Sie hat die Not unserer Tage und haben die Gefahren der Gegenwart weitestgehend ausgeräumt. Die Verflechtung darf darauf verwiesen werden, daß ein Großteil des Berufsstandes zwischen den konfessionellen Lagern wirksam geworden ist, der erhoffen läßt, daß diese das kulturelle Leben so gefährdenden Auseinandersetzungen durch in größtem Maße erparnt bleiben. Freilich hat hierzu weniger die nationale und die wirtschaftliche Not beigetragen als eben die Gefahr, die in der Volksgemeinschaft der religiösen und der ökonomischen Hilfe herbeizuführen würde und die jede der beiden Konfessionen, wenn auch vielleicht in ungleichem Maße, bedrohte. Die Erkenntnis der Notwendigkeit, dem deutschen Volke christliche Gesinnung und Gottesfurcht als Grundlage für Geschlossenheit und Staat zu erhalten, ist so mächtig geworden, daß alle alten Gegenstände verschwanden. Damit ist eine so bedeutende Voraussetzung für eine Volksgemeinschaft geschaffen worden, daß dieser Erfolg der einzigen Grundlage in unserer Zeit nicht noch einmal angefochten werden kann, ja, daß man heute die nicht zu leugnende Gefahr der geistlichen Volksgemeinschaft ganz nicht als notwendig, aber doch als überwindbar erachtet darf, denn ihr gegenüber würden alle parteipolitischen und staatspolitischen Einstellungen verfallen, wenn nicht die ganze Größe des Geistes des Christentums dagegen eingeleitet werden könnte.

Können wir darauf rechnen, daß das neue Jahr ein Jahr der Volksgemeinschaft werde? Diese Frage ist nicht einfach mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten. Weil „ja“ kann bei dem nicht ohne Weiteres beantwortet werden, weil die erwähnten Bekleidungen besonders der staatspolitischen und parteipolitischen Gegenständlichkeiten sich immer noch als so starke Kräfte erweisen, daß nicht damit zu rechnen ist, daß sich die durch sie voneinandergetrennten Teile unseres Volkes zusammenfinden könnten für die einzige große Aufgabe, als eine solche Nation die inneren und äußeren Schwierigkeiten überwinden zu wollen. Nicht „nein“ braucht aber die Frage doch beantwortet zu werden, weil es sich um einen von den so wichtigen Angelegenheiten, wie sie das Glaubensleben eines Volkes darstellt, wertvolle Kreise zum gegenseitigen Verständnis und zu einer gemeinsamen Einstellung gegen eine drohende Gefahr gekommen sind, wenn wiederum weite Kreise, die sich leider nicht durchaus mit den eben genannten Kreisen decken, voll Vertrauen hinter den gegenwärtigen Führern der Nation stehen, und wenn diese Führer grade in diesen Tagen die Unerbittlichkeit ihres Willens und die

moralische Kraft ihrer Gesinnung, aber auch die Stärke ihrer Stellung mit jedem Nachdruck betonen haben, so ist man berechtigt, die bestimmte Erwartung zu hegen, daß eine Volksgemeinschaft jener Teile unseres Volkes sich im kommenden Jahre entgegenwärtig mit der ganzen Kraft für die ganzen Streben einsetzen will, dem Ganzen zu dienen und an seinem Wohle zu arbeiten. Dabei müssen freilich Grenzen der Parteien zerbrechen und bisherige Bande zerhackt werden. Aber weil grade in diesem Parteiengeld das Unglück des neuen Deutschlands zu suchen ist, wäre es ein großer Erfolg, wenn die Not der Zeit diese energiegeladene Parteibildung zerlösen oder wenigstens stark aufzulösen könnte.

Im Süden des Reiches waren die Gegenstände von jener nicht so scharf ausgeprägt. Ein gelandenes demokratisches Gefühl, nicht im Sinne parteipolitischer Betätigung, sondern gesellschaftlichen Zusammenlebens, hat von jeher hier einen günstigen Boden für eine Volksgemeinschaft geschaffen. Die soziale wirtschaftliche Struktur war hier ebenfalls günstiger als dies in industrieerreicheren Gebieten der Fall war.

## Pariser Weihnachtstube beendet

Die rumänische Freundschaft wird neu geölt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 30. DEZEMBER

Der von London her gemeldete Entwurf für die französisch-englische Verständigung in der Reparationsfrage ist in Paris verhältnismäßig günstig aufgenommen worden.

Der Pariser Börse, die in der letzten Zeit durch große Schwäche in äußere Zurückhaltung gelangwehnt war, hat die Neuankündigungen hiermit reagiert und die Forderung anlehnende konnte besser aufgenommen werden. Die beiden nachfolgenden Abendblätter kommentieren die geplante Vereinbarung zwischen Frankreich und England ebenfalls im ganzen freundlich. Der „Autranfigant“ hält die Erfolgsaussichten für die französisch-englischen Verhandlungen für sehr groß.

Vollständiger Bericht wird nach seinem rüstigen Berliner Aufenthalt schon morgen wieder in Paris zurück erwartet, um an dem Reichsversammlung die diplomatische Korps beim Präsidenten der Republik, Doumer, teilzunehmen. Die offiziellen Neujahrsempfänge werden diesmal in Paris bereits am Silvesterabend stattfinden. Den französischen Ministern kehren erst allmählich die Weidenschaft zurück. So hält sich Finanzminister Ribot noch in Genua auf, wird aber in den nächsten Tagen nach Paris zurückkommen, um die Vorbereitungen für die Reparationskonferenz mit dem englischen Unterstaatssekretär Ferris noch persönlich zu führen.

Anfang Januar wird hier, wie wir hören, ein wichtiger Ministerbesuch aus Sibotenstadt erwartet, der rumänische Finanzminister, der als Favorit König Karls eine besonders starke Stellung im gegenwärtigen rumänischen Kabinett einnimmt. Seine Verhandlungen in Paris werden sich nicht nur auf die schwebenden Kreditfragen beziehen, sondern voraussichtlich wird er die bisher geschlossenen Verhandlungen über große Petroleumlieferungen Ruminiens an Frankreich wieder aufnehmen.

## Juwelenraub am Kurfürstendamm

Theater in der Stresemannstraße

Das ist ausgezeichnetes Theater, denn der Erfolg vom ersten Abendbild aus bis zum letzten Tag blieb. Bei diesem Diebstahl aus dem Hause des Kurfürstendammes, das sich in der Straße befindet, haben sich ein einziger Mann, der Mann selbst nicht für die Ermittlung der Täter zurechnen lassen, sondern schreiben, das verleiht er.

Am ersten Akt ist der Juwelenraub am Kurfürstendamm, der wohl ursprünglich in Budapest lag, und der in jeder Hinsicht ein gelungenes Stück ist, das sich in jeder Hinsicht als ein gelungenes Stück erweist. Die beiden Hauptrollen sind von zwei hervorragenden Schauspielern besetzt, die in jeder Hinsicht als ein gelungenes Stück erweist. Die beiden Hauptrollen sind von zwei hervorragenden Schauspielern besetzt, die in jeder Hinsicht als ein gelungenes Stück erweist.

Warum hat die vintate Frau eines etwas ungewissen „Präsidenten“ nicht um Hilfe geschrieben, als der Räuber sich mit dem elegant erbetenen Ansehen befand? Was das nicht ist, die Begünstigung? Im zweiten Akt und bei sich zu Hause ist sie schon ganz Komplize; der geflohene Ehemann hat sich in ihren Schoß geworfen, und der Räuber in ihren Arm, so lagar in ihre Schloßung. Beide fühlten sich da am sichersten. Aber das Ziel sehen wir, was sich im einzelnen ereignen, wie der Mann, der Autor hat alles ausgesprochen berechnend und jede Verbindung in eine Ueberzeugung verwandelt. Dieses Vergnügen, es ist auch ein gelungenes, will ich mich nicht vorwegnehmen. Die folgende Szene hat sich lagar noch im dritten Akt eine Ueberzeugung angeschlossen. Der Räuber aber, der Herr Räuber, wie die Frau ihn nennt, und die Frau selbst, sind trotz überausgehender Berechnung nicht auf die Polizei gekommen, sondern vielmehr zu ihm, zu dem gefährlichen Unbekannten, wobei man sich einleiten können, die Räuber, oder ein Räuber, oder nicht mit der höchsten Schwere geliebt wird, das Gefährliche findet sich durch ihn, und wenn der Charakterist „Spiel“ verprochen hat, so wurde es wirklich einmal geliefert. Der Autor hat mit vielen Wollen gespielt und seinen folgen lassen.

Die konfessionellen Gegenstände waren gleichfalls ausgeglichen und das gegenseitige Verständnis auf diesem Gebiete größer. Auch in unseren Zeiten sind diese Voraussetzungen erhalten geblieben, verjüngt noch durch die Tatsache, daß das öffentliche Leben nicht so sehr durch parteipolitische Zerlegung getrieben hat wie in anderen Teilen des Reiches. Die öffentliche Verwaltung wurde weniger von ihr berührt und ruhete in härteren Maße auf der neutralen Grundlage eines getrennten Bewusstseins.

Mit Erwartung schauen daher wir im Süden auf die Entwicklung im übrigen Reich und besonders in der Reichshauptstadt. Unverkennbar sind grade dort Veränderungen vor sich gegangen, die als eine Art Befestigung und Richtlinie zur besseren Verwirklichung abgeben werden können. Wäre das Jahr 1922 auch ein solches, das die Möglichkeit der Verwirklichung der Volksgemeinschaft zwischen Ländern und Völkern, zwischen Wirtschafts- und Kulturkreisen sich immer fester gestalten, damit eine feste Führung ein einiges und geschlossenes Volk hinter sich erleben sieht.

## Deutsch-polnischer Soldat erschossen

POSEN, 30. DEZEMBER

In Wronowitz wurde von einem polnischen Sergeanten namens Fiederski, der die polnische militärische Ausbildung erhalten, der Sohn der deutschen Arbeiterfamilie G. O. H. a. nach einem Vergnügen vor dem Hause der Eltern erschossen. Der junge Soldat, der im polnischen Heere diente und als tüchtiger Soldat galt, ist an den schweren Verletzungen gestorben. Der Mörder wurde verhaftet.

Der tragische Juwelenraub, der einer deutschen Familie den einzigen Sohn gekostet hat, wird in der polnischen Presse zum größten Teil verurteilt. Einige wenige Broschüren stellen die Angelegenheit „L. o. b.“, der als der Mörder im Recht gewesen wäre. Schloß hatte mit dem Sergeanten bei einem Sportvereinsvereinigen einen an sich belanglosen Streit. Der Mord an dem jungen Deutschen hat in der ganzen Provinz die größte Teilnahme hervorgerufen.

## Wien Opersänger in Berlin

Wie wir erfahren, wurden zwei prominente Mitglieder der Wiener Opernsozialen nächsten Herbst an für die kommende Saison auf fünf Monate der Berliner Städtischen Oper verpflichtet. Es sind dies Maria Remsch und Solomon von Patan.

Umzug der Mechtta-Fassade. Am Kaiser-Friedrich-Museum ist der Abruch der Mechtta-Fassade beauftragt, und im Übergang der Fassaden der Vorarbeiten ist die Fassade in Angriff genommen worden. Die Räume im Übergang des Kaiser-Friedrich-Museums bleiben vorläufig geschlossen. In den Südflügel des Mechtta-Fassaden, im Südflügel, sind jetzt auch die Bibliothek und das Kontostadium der Vorderflügel der Mechtta-Fassade umgezogen. Es werden nach Anmeldung dem Direktor Professor Andrae zugänglich sein. Die bisherigen Ausstellungen der Abteilung, im Südflügel des Kaiser-Friedrich-Museums, sind wegen Personalmangels geschlossen worden und können nur auf Anmeldung dem Direktor befristet werden.

Arthur Elösser.

# „Deutsche Studentenschaft“ unpolitisch

Von der „Politisch“-Liste des Wehrministeriums gestrichen

Das Wehrministerium hat, wie man hören, die sogenannte „Politisch-Erklärung“ der „Deutschen Studentenschaft“ aufgegeben. Damit wird diese Organisation der rechtsradikalen Studenten, die seit der Festlegung des Studentenrechts durch Kultusminister Brüder in Preußen rein privater Natur ist, wieder in die Reihe der Vereinigungen aufgenommen, für die ein offizieller Vertreter mit der Reichswehr zufällig ist. Während es bisher den Reichswehrangehörigen unterliegt war, irgendwelche Beziehungen zu einzelnen „Studentenbänden“ zu pflegen, dürfen sie künftig wieder an deren Veranstaltungen teilnehmen. Für viele Hochschuljungen, die mit der geistlich-ökonomischen Verbindung zwischen den Studenten und der Standorttruppe schon von Kindesbeinen her traditionell waren, hat diese Maßnahme des Wehrministeriums unmittelbare praktische Bedeutung. Auch bei Festen der „Studentenschaft“ mit stark politischer Färbung, wie man sie in den letzten Jahren oft genug erlebt hat, werden die Offiziere sich beteiligen, wird die Reichswehrkapelle aufspielen dürfen.

Ein Eingangsfall mag sich dieser offizielle Vertreter vielleicht durchzuführen lassen, wenn die zufälligen, totalen Reichswehrschleichen sich die nötigen Chancen dafür verschaffen, daß auf Seiten der „Studentenschaft“ keine politischen Eingelungen vorkommen. Aber, aufs Grundbündliche gesehen, nimmt sich die Angelegenheit doch höchst bedenklich aus. Die „Politisch-Erklärung“ wurde im Jahre 1927 aus guten Gründen erlassen. Schon damals zeigte sich, daß die „Studentenschaft“, die den Konflikt mit dem Preuß. Kultusminister in voller Absicht zum offenen Bruch getrieben hatte, in ein extrem rechtsradikales Fahrwasser geraten war. In der Öffentlichkeit hat sich die politische Tendenz nicht verhehrt. Bei der Tagung der „Studentenschaft“ im März im Sommer dieses Jahres hat sich der nationalsozialistische Einfluß offensichtlich durchgesetzt. Von den drei Vorstandsmitgliedern der „Studentenschaft“ gehören zwei, darunter der Vorsitzende, dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund an. Es besteht also jetzt erst recht Grund, diese Organisation als im höchsten Maße politisch zu behandeln.

# Hamburger Senat bleibt fest

In der Hamburger Bürgerdeputation vom 16. Dezember war, wie bereits gemeldet, ein Antrag angenommen worden, der die Senatwahl, für die sich die Aufhebung aller Notverordnungen der Regierung bedingte, eintrug.

Darauf ging der Bürgerdeputierte ein Antwort des Senats zu, in der es heißt: Nach der Reichsverfassung hat der Reichsrat weder beim Erlaß noch bei Aufhebung der Notverordnungen mitzuwirken. Eine Stellungnahme Hamburgs im Reichsrat kommt demnach nicht in Frage. Ueber die Stellungnahme als Landesregierung hat der Senat nach eigener Verantwortung zu entscheiden. Ohne sich mit allen Einzelheiten der Notverordnungen einzulassen, so erklärt die Senatwahl, daß die Aufhebung der sämtlichen Notverordnungen dem Wohl des Reiches und der Länder zumehrsten dienlich sei. Insbesondere ist der Senat der Auffassung, daß das Uniformverbot aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bis auf weiteres aufrechterhalten werden muß.

# „Die Weirha“

Staatsoper Unter den Linden

„Die Weirha“, die gestern Abend staatsrechtlich wurde, ist die erfolgreichste Operette der Welt, ein internationaler Erfolg, ein Erfolg von beispielloser Popularität, der dem von der Welt überhaupit erzielten Erfolg ein Unvergleichliches beizusetzen; eine zweite „Weirha“ konnte er so wenig leisten, wie Mascagni eine zweite „Cavalleria“. Ohne „Milde“ übrigens keine „Weirha“. Doch welcher Abstand zwischen „Milde“ und „Weirha“! Das letztere ist ein Kunstwerk des genialen Komponisten und dem „Weirha“-Stamm, der auf Uebereignung, auf Psychologie, auf Feinheit verzichtet, der dem Geschmack der breiten Masse dient, der (eine freilich schillernde Teil) Schöngelungen in sich wie kein anderer im Rahmen eines einzigen Theaterabends, der über die Einzelheiten hinweg schwingt und das was Offenbau und Strauß begründete Genre dem Barockstil näher und bereit!

Oben A'sia Stud ließ man von Marcellus Schiffer durchleiten. Schiffer spielte den Zwanziger in feinen Bildern, ohne die Handlung zu ändern. Nur der Schluß, der im englischen Original eine Katastrophe bei der tragischsten Leidenschaft über mich, rettete sich er unerlöschlich. Der Franzose wird dem herzogsmittleren offiziellen Marquis nicht mehr in einer Bestellung angetraut, sie geht jetzt ostentativ so ihm über, willkommener Erlaß für die dem Rimono entsprechende Weirha. Der hinaus treten zwei Personen, ein mit Zylinderpfeife bewaffneter Fremdenführer und ein Berliner, der mit Cool die Welt bereist, ein aus dem Salzkammergut des „Weirha“ ausgebrochen, noch dem ersten Uton verfallener Gierleite. Für den Zwanzigsten wurde ein Couplet eingefügt; auch das „Eins Gierleite“ konnte er nicht weniger zu dem herzogsmittleren Marquis eine Weirha, die von der schon abgesehenen Aktualität der Verheerung und der Präsentation, scheint uns, ziemlich billig leben.

Nach die musikalische Neuerung blieb nicht aus. Die Nummern wurden neu gruppiert; das neue wurde aus ihnen nicht gemacht, wie englische Komponisten, sondern geschickt eingefügt. Der Erfolg wird für zukünftigen gelten, die Darle erfriger beibehält als bisher, das Schloßlager vermehrt und sogar ein neues, elektrisch betriebenes Instrument — das Vibraphon, ein Glöckchen — imbedeutend beibringt. Schließlich erregt ein orchesterwissenschaftlicher Scherz, das tierische Schindens veranschaulicht, Glöckchen einer gelassenen Melodie.

Die Mimosa Cam war gefremt Zotte Schöne. Wer in Berlin die Großherzogin von Griechenland oder die Rolle von Glöckchen singt, liegt sich dem Vergleich mit der Walfrau aus, wer die Weirha

# Kommunistische Streikhefte im Ruhrgebiet

Streikparole zum 2. Januar

## Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ESSEN, 30. DEZEMBER

Die kommunistische Gewerkschaftsopposition (K. G. O.), die im Ruhrgebiet seit Jahr und Tag eine besonders lebhaft Agitation entfaltet und in Weitzkeit mit den radikalen Kartellvereinen auf der rechten Seite der Arbeiterfront unter ihrer Führung heftigste Forderungen propagiert, hat in diesen Tagen erneut operiert, wie militärisch die Interessen der Arbeiterfront behandelt. Nachdem bereits zwei malige Streiks, die im Laufe des Jahres auf verschiedenen Forderungen angesetzt wurden, täglich ausgedehnt worden sind, hat in diesen Tagen der sogenannte „Zentrale vorbereitende Kampfabteilung“ ein Rundschreiben erlassen, in dem die Richtlinien für einen Streik am 2. Januar 1932 gegeben werden.

Darauf sollen die Belegschaften in den Betriebsverwaltungen in ultimativer Form eine schriftliche Erklärung fordern, in der die Nichtbefolgung der Anordnungen der Reichsregierung zugunsten möglichst ausgedehnt und, geführt durch Aufhebungen in Rathhäusern und Wohnstättenämtern, lange hinausgezogen werden. Be-

sondere Unterstützung erachtet die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, wie aus dem Rundschreiben hervorgeht, von den Gewerkschaften. „Wer allem aber sollen die Frauen in den aktiven Streik der Bewegung helfen.“

Die kommunistischen Führer können selbst kaum einen Zweifel an der Ausfallsfähigkeit ihres Unternehmens heben. Schon die früheren Streikfälle zeigten sich nur an ganz wenigen Arbeitsstätten durch. Jetzt ist die Stimmung unter der Arbeiterfront einen Schritt aber noch viel weniger günstig als damals. Trotz der harten Bekämpfung der Lohnsenkungen der letzten Arbeiterbewegung haben die Gewerkschaften ihre Mitglieder fast in der Hand, und den Belegschaften ist wohl bekannt, daß die Kasse der kommunistischen Streikausführung kein Geld für die Unterhaltung der Opfer eines möglichen Streiks enthält.

Nur aus einem Grunde allerdings könnte die Lage sich ändern, dann nämlich, wenn die durch die Notverordnung angeordnete Entlassung der Lohnsenkungsgelassen nicht in vollem Umfang eintritt und dadurch die heute schon unbestritten jäherliche wirtschaftliche Lage der Belegschaft weiter verschärft würde. — Einheiten wie die Lage im Revier aber trotz aller kommunistischen Streikparolen noch völlig ruhig.

# Umbau

## des Reichsbahn-Verwaltungsrats

Neuwahl des Präsidenten

Bei der Erneuerung des Reichsbahn-Verwaltungsrats sind Veränderungen im Gange, die auf eine gründliche Revision der Zusammenfassung dieses wichtigen Gremiums ausgehen. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, soll dem durch den Staatsgerichtshof bestätigten Wähler der Preussischen Regierung, die einen eigenen Vertreter in den Verwaltungsrat entsenden will, Rechnung getragen werden. Weiterhin besteht die Reichsregierung, den Wünschen der Beamtenfront insofern zu entsprechen, als noch ein weiterer Vertreter des Personals in den Verwaltungsrat einberufen werden dürfte. Ueber die Kandidatur hat sich noch keine Entscheidung im Reichsbahn-Verwaltungsrat getroffen, die den Staatsgerichtshof einmündlich und den Organisationsveretteten halt-

Freier ist geplant, einen hervorragenden Eisenbahnmann in den Amt im Verwaltungsrat anzuvertrauen. Auscheiden der gewähltesten Führer des von der Berliner Bundesdelegation, der vertriebsmännlichen Herr von Müller, dessen hohes Alter herbeiführt, werden ist und der Bundesdelegationsträger, Gernro, Breslau, der wegen der Führung seiner Bundesdelegation noch fähig die Führung eines großen Wirtschaftsverbandes übernehmen hat.

Wie weiter verlautet, ist damit zu rechnen, daß bei der Neuwahl des Präsidenten des Verwaltungsrates, die im Januar stattfinden muß, eine Veränderung stattfindet. Der neu gewählte Präsident des Verwaltungsrates der Reichsbahn beehrt der Befähigung des Reichspräsidenten.

Einmalig, konzentriert mit der Erinnerung an die in der Partie in der Zeit abgemerkte Mio. Arbeiter. Alles Oelangehe erzielte Frau Schöne zum besten; schließlich hat der Komposit nicht anocht, doch einmal eine so tollbare Stimme, ein Organ so so referenzen Reich seinen Schlagregeln dienen würde. Darstellend bis sie ihre berühmte Mutter ins Soubrette aus, und doch, letztlich über in der Erwartung der Frau Constance, einer rein schau- spielerischen Aufgabe als, glaubhaft Leopold Hainisch als selbstherrlicher Einzelgänger. Recht politisch wimmerte Herr Bente den künftigen Zehauspächter, tonlich der als Galt be- währte, unaufrichtig fahrende Max Erlich, dessen gut her- stimmtes Mundwerk gefremt mit Thielcher auf Wallburg weit- eiferte.

Stimmlich, mit Temperament, Geduld, ohne Jünglingshände aus aller Folpature, betretete Fritz Zweig am Dirigentenpult das Ganze.

Regie führte Rudolf v. Fabian, geführt auf Demno v. Arnt, der den Zwanziger baut und großartig bebilderte.

Ein Europa, das sich, nach der Wobe der wädiger Jahre, mit Italien Spitzendruck und Chorgerichte, ergrübelte, wie man ent- einem noch nicht abstrahantig gemordeten Nippa. Selbst das Fehlenbild von Angalart verzuzlet kein Wollfänger. Es wird nicht gefascht, getripelt, komplimentiert, man ficht zierliche Pa- pierblätter mit gewässenen Bildern, Kirchbildern, Christentum, hant, erhebliche Szenarien, als Sinterregende farbige Volksheute wie auf Wänter, Maniere wie auf Hofeide, er, es geht hier mehr japanisch als labanisch zu. Natürlich verlorst dieser (für das Ruhme Gente feintagst bereifene) Heffner seine „Weirha“ (zum Entsetzen mit Chorgerichte, ergrübelte, wie man ent- facht) schiefheit, was Breuendchen loszusammen. Eine Lang- oderer eigenen Gies zu infizieren, ist ihm nicht gelangt! Bewährt hat sich der nette Einfall der gefremt fleißig „brunten“ Schloßpforte, so vom Drecker auf's Bodium Mannaffert, wobei das Bespielgen im Bühnenbild gefremt mitelbunden war.

Das Bühnenbild, das sich zunächst abzuwenden versetzt, ging dann mit, beliderte loger die schaudernde Epöche Max Erlich's, gegen die es an dieser Stelle vor einem Jahrzehnt noch protestiert hätte, und bemerzte der alten, irrtlich, musikalisch und jenseit- verdingte Operette schieflich viel Besoff. Ewaldia Neruda.

# Hindenburg-Feier in Amerika

Seit heute hält Reichspräsident von Hindenburg um 9.30 Uhr im Rundfunk eine kurze Gießener-Ansprache, die über alle deut- schen Sender verbreitet wird. Es ist das erstmal, daß sich Hinden- burg als Reichspräsident unmittelbar an die Rundhörer wendet.

Man wird viele Rede jedoch nicht nur in Deutschland hören, sondern auch in England und in England, was die deutsche in London auf Schallplatten aufgenommen und etwas später am Abend über alle englischen Sender verbreitet wird.

Eine besondere Ehre Hindenburg plant, die die heutige Ausgabe der „Sieben Tage“ erfährt, Amerika. Eine Botschaft vom Beginn der Ansprache, die auf kurzen Wellen nach Amerika übertragen wird, werden einleitend Worte gesprochen, deutsche Mail dargeboten und das Deutschland-Lied gespielt. Dann folgt die Ansprache Hindenburgs, die nach Willen der ameri- kanischen Sendergesellschaft zu einer „feierlichen Ehre“ des in der Vereinigten Staaten allseitig beliebten deutschen Reichspräsidenten“ werden soll. Auf diese Weise wird die Hindenburg-Ansprache Hin- denburg über 200 Sender der Vereinigten Staaten ausgestrahlt.

# „Kampffahr 1932“

Ein Aufruf der Staatspartei

Der Gefühlsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei er- läßt einen Aufruf, in dem es heißt: „Das Jahr 1932 wird ein Kampffahr werden. Reichspräsidentenwahl, Präfektenwahl und andere Wählerwahlen sind zu erwarten. Unverhört reihen sich Rederabateile und Volksheute die Band zu gemeinsamer Gefühlsarbeit. Die Präfekten unterführen die Kommunen der Staatshilfs-Gesellschaft, in Göttingen und Olden- burg gehen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten für das kommunistische Volksgeheim zu an Urne.

Dem verbündeten Nationalismus steht die Deutsche Staatspartei dem Oberhand des Staates, die Behauptung der Republik, die Be- wahrung der großen geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Lebens- lieferungen des arbeitenden Bürgertums in Stadt und Land entgegen. Dort Gefühls — hier Aufbaumillen und Selbstbehaupfung!“

# Dr. v. Nieben †

Auf der Jagd tödlich verunglückt

Wetter nachmittag gegen fünf Uhr verunglückte bei der Jagd in der Gegend Dr. von Nieben aus Berlin-Grunowwald tödlich. Er ging zwischen seinen Führer und einem Treiber mit umgehängtem Gewehr. Wäldlich fröhliche er auf dem weiligen Waldboden, seine Waffe entfiel ihm und ein Schuß geriet ihm in den Hinterkopf. Der sofort herbeigerufenen Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Der Unfall hatte sich in dem Jagdrevier Dr. von Niebens, einer Falmereie bei Prenzlau, ereignet.

Dr. von Nieben, eine bekannte Persönlichkeit der Berliner Gesellschaft, spielte besonders in der Elektro-Industrie eine hervorragende Rolle. Er gehörte dem Vorstand der West- elektrischer Werke, der Elektro-Installations-Gesellschaft, deren stellvertretender Vorsitzender er war, und der Kommuna- len Elektrifizierungs-Gesellschaft in Sagan an. Außerdem war er im Aufsichtsrat von über zwanzig großen Unternehmen, darunter der Deutschen Luftlinie, der Gesellschaft-Zerfleuerer und der Deutschen Elektrifizierungs-Gesellschaft. Er hatte keine Kaufmanns- als juristi- scher Berater der K. G. O. begonnen und vertrat nach dem Kriege die Interessen der Firma in der Türkei.

# Der Reichszugler in Trier

Reichszugler Dr. Brüning weilt zur Zeit als Gast des Reichstagsabgeordneten Prälat Dr. Kaas in Trier. Er wird nach Süddeutschland weiterreisen, aber am kommenden Sonntag wieder in Berlin ein.

# „Café Hoover“

Nach einem Streifzug durch Kanada (das er vor vier Jahren schon einmal „mit 20 Dollar in der Tasche“ für die Leser der „Vossischen Zeitung“ beschrieben hat) erzählt unser Mitarbeiter A. E. Johann in hier aus dem Leben der Arbeiter und Arbeitslosen in den Weststaaten der Union.

H O U S T O N (TEXAS), ENDE DEZEMBER

Eines der vielen Wärdchen über Amerika, die bei uns eifrig fortportiert werden, ist folgendes: Junge Leute, die zwar wenig Geld besitzen, dafür aber um je heftiger von der Zahl zu reifen gelangt werden, stellen sich an den Landstraßen auf, deren Richtung mit der ihres Zielfestes übereinstimmt. Kommt dann ein Auto gefahren, so hängen bejahte junge Leute die Hand und zeigen mit dem Daumen dorthin, wohin sie gehen wollen. „Niemand“, so heißt es auch in den bei uns umlaufenden Geschichten weiter, „wird der Autofahrer, wenn er in seinem Auto noch Platz hat, vorbeifahren, er wird anhalten und den hitch-hiker so weit mitnehmen, als er selbst fährt.“ Der Jähren mag das vielleicht einmal wohl gemein sein; heute sehen sich die ungeschätzten Wanderburschen, denen ich auf meiner Fahrt längs der Pazifischen Küste von der kanadischen Grenze im Norden bis zur mexikanischen im Süden begegnete, nicht einmal mehr an, wenn ein Auto hinter ihnen herkommt und sie überholt. Die armen Teufel wissen, daß feiner, der da in seinem mehr oder weniger schäblichen, ungeschätzten, unanständigen Auto mit sie mitzunehmen. Ich glaube beinahe, daß nur Ausländer manchmal noch anhalten, um die jeweils völlig geldlosen Wanderer einzuladen, ihnen für die nächsten 200 Meilen Gesellschaft zu leisten. Ausländer, die noch fromm an die in ihrer Heimat erzählten Legenden von kameradschaftlichen Amerika glauben. Ich gehörte noch zu diesen gutgläubigen Fremden; in einem kleinen Bureaum hier in San Diego für die ganzen 2500 Kilometer weite Gesellschaft, als mir lieb war, und mein brauner, kleiner Ford mußte auf der ganzen Strecke doppelte Bemannung tragen.

Mum, ich bereue es nicht, denn wenn für eine Meile nach der anderen hinter einem haanoffen, kommt man bald ins Erzählen. Und die Männer erzählen gern; es sind immer dieselben endlosen, eintönigen Geschichten von unglücklichen, erfolglosen Verurteilungen, Arbeit zu finden. Fall alle, die mich da auf den langen Fahrten in Washington, Oregon und Kalifornien begleiteten, waren noch weiter, viele hatten den besten Teil ihrer Arbeit verloren, ein paar hatten sich schon Hoffen für alle auf den Eiben Kaliforniens, wo — auch eine Legende, die nur halb wahr ist — der ganze Reichtum Amerikas sich aufs Allentest legt, um weiter nichts zu tun, als Geld auszugeben. Ein Polizist in Santa Barbara (100 Meilen nördlich von Los Angeles), der mich wegen zu schneller Fahrten angehalten hatte, dann aber unerschrocken weiter fuhr, erklärte mir mit leichtem, aber unehrlichem Lächeln, daß er mehr Millionen Dollar verarmt als ein eurer ganze 5-Millionen-Stadt Berlin; denn Santa Barbara hat nur 30 000 Einwohner hat; unter Rathaus hat allein zwei Millionen Dollar gestohlen!“ So sah es auch aus; das Gefängnis schien der Alhambra in Granada oder sonst einer betternien Babeder-Pracht ähnlich nachgebildet zu sein; und um Santa Barbara herum mit jenen sanften Parks und kleinen, lieblichen Sandhügeln bedeckt wie in einer romantischen Traumlandschaft.

Was die Romantik und der Traum nützt, weiß ich nicht, wenn man sich von künftigen Eingeborenen berichten läßt, wie diese Schloßbesitzer ihr Geld gemacht haben. Einer ist Einfacher für eine große Stadt in Pennsylvania gewesen — er muß, seinem spanischen Schloß nach zu urteilen, noch erfolgreicher eingekauft haben als die Herren Elstern. Jener dort im Tal, wo die Springbrunnen glühern (Springbrunnen sind eine köstliche Angelegenheit in der wasserarmen Gegend), war ein Geschäftsmann für Dämme in Chicago — wer diesen da nicht an Upton Einclat. Ein Dritter hat das halbe Regen-Ghetto in einer Stadt der Südstaaten besessen, ein vierter hat veräußert Farmer in Oklahoma um ihre allhölligen Acker gepreßt, ein fünfter hat in Alkohol gehandelt, ein Sechster in Baumwolle spekuliert und so fort. Der einzig Reelle scheint ein Japaner zu sein, der den umwohnenden Bewohnern für hohe Dollarsätze die auszuwerfen Gärten anlegt und selbst dabei ein halber Millionär geworden ist.

So, so sieht es in Santa Barbara aus und so in Hollywood, in Pasadena, in Santa Monica und in Long Beach; aber niemals und nirgendwo sonst als in Los Angeles, welches das Geschäftszentrum all dieser feiner Vorstädte ist (Hollywood ist von Los Angeles nicht weiter entfernt als der Reichsanstalt- und Postamtort in Berlin), habe ich so viel Glend, Hunger, Verkommenheit, Jammer auf kleinem Raum verarmelt gesehen, wie in den Armenbezirken von Los Angeles. Nirgendwo bin ich so fröhlich und so häufig des Strebens um eine Wählzeit angeheitelt worden, wie in Los Angeles.

50 v. S. der Männer auf den Landstraßen, 50 v. S. der Männer in den obenbeschriebenen und nachfolgenden Grenzbezirken von Seattle, San Francisco oder Los Angeles waren älter als 40, weitere 20 v. S. älter als 50 Jahre, viele älter als 60. Sie haben die Hoffnung auf Arbeit längst und endgültig aufgegeben. Manche haben Kinder in New York oder Buffalo, aber das ist unerschreiblich fern. Wer nicht mit 40 Jahren sein Schicksal im Trostchen hat oder sich zum Spezialisten für irgendeine hochbezahlte Arbeit ausgebildet hat, ist verloren, wird am meisten, wenn er die Wähler für seinen aus den Grenzbezirken des Ostens oder aus der Textilindustrie; denn hier werden die Wähler fast, auch in den schon genannten Teilen der Prospektiva so niedrig, daß von Erparnissen oder dem berühmten „Auto für den Arbeiter“ nicht die Rede sein konnte. In San Francisco traf ich außerdem viele verarmte oder bankrotte Farmer aus dem mittleren Westen, und in endlosen Raufschunden, die mir in

schmutzigen Cafeterias verließen, hörte ich bittere Geschichten vom Kampf ums amerikanische Viezein, das nun schon mehr als 10 Millionen auf die Straße gesteht hat.

Vorläufig, solange die Kongreßberatungen andauern — Dr. Hoover ist gegen die finanzielle Unterstützung —, preisen die Arbeitlosen sich glücklich, wenn sie eine öffentliche Feste „Café Hoover“ erhalten; so nennen sie die in den meisten Städten eingerichteten Almosenstellen, in denen die besonders Bedürftigen, wenn sie das seltsame Glück haben, in dem Staat geboren zu sein, wo sie gerade sind, oder dort längere Zeit gelebt haben, almeno am Tage nach stundenlangen Anhalten eine warme Mahlzeit erhalten. Jeder Staat hat seine Bestimmungen; aber alle sind darauf zugeschnitten, die Zahl der Stützbefähigten möglichst zu beschneiden. In manchen Staaten gibt die heilsame Rangerei an irgendeiner bunten Straßenecke. Sie sind schlecht und kosten nichts, und die Arbeitlosen stehen zu Hunderten herum und hören zu; viele meinen, die Heilsarmee solle lieber spielen, wenn man stundenlang am „Café Hoover“ antehen müßte, das würde einem die Zeit besser vertreiben; man müße sich lieber insoweit den Tag über die Beine in den Leib ziehen, als nicht über die Nacht über.

Die Jungen kettern in leerstehende Häuser, betteln sich die 25 Cents für ein Bett zusammen, schlafen in Altag, die viele Nacht auf den Straßen porren. Die Alten, weniger geschickt, müssen mit den Dads, leeren Güternagen, Zementrollwagen vorlieb nehmen. Die Alten haben es überhaupt dummer; es ist eine sonderbare Erscheinung, daß auf den

# Aus dem Balkan-Dreipaß wird nichts

Die Annäherung Athen—Sofia—Angora mißglückt

Bericht der Vossischen Zeitung

STAMBUL, ENDE DEZEMBER

Der Besuch des bulgarischen Ministerpräsidenten und Außenministers Mischonow in der türkischen Regierungslage ist vorüber. Die Spannung, mit der die diplomatischen Kreise die bulgarischen Gäste erwarteten, ist nach dem Eintreffen der Bulgarer in Angora ruhig geworden. Die erste Begegnung zwischen Türkei und Bulgaren ist aber der Persönlichkeit der beiderseitigen Fremdenpolitikserichterungen schon Klarheit darüber, daß die Angorareise Mischonows und seiner parlamentarischen Begleiter keine wirkliche Aenderung der politischen Ballantage bringen werde und die Befragter Befragte keine eines Sonderbundes Angora—Sofia—Athen unter italienischer Führung ganz unbedeutend waren.

Das letzte Dreipaßgespräch immer wieder aufklingen, ist erfräglich. Als größtes Hindernis auf dem Wege zur vollen Ballantage hat die Bindung Jugoslawiens und Rumaniens an die Kleine Entente und vor allem an Frankreich zu gelten. Die Bindung beider Balkanstaaten an Paris erhebt heute aus finanzpolitischen Gründen unübersehbar als je. Die von Athen und Angora erstrebte Ballantageung durch den Austausch aller Grenzschlüssel ist deshalb für absehbar Zeit undenkbar, so viel platonische Entschlüsseungen zum Behen der Einigung von den nichtamtlichen Balkan-Konferenzen auch gefaßt werden mögen.

Wenigstens ermutigender Bericht, der letzten Stambuler Konferenz durch eine gleichzeitige Zusammenkunft der Außenminister aller Balkanstaaten größte Bedeutung zu geben,

Bandstrafen ein junger Mann viel schneller und leichter eine Freisache erwirkt als ein alter, den jungen gibt man eher die Chance, die alten haben ohnehin ausgepielt. Oftmals willt ich alte Leute mitnehmen, man schreit ihnen immer 50 bis 60 Meter voraus, er man den Wagen zum Stehen bringt; aber je famen niemals nachgelaufen, reagierten gar nicht auf den wartenden Bulgar. glaubten es einfach nicht mehr, daß jemand sie noch mitnehmen wollte.

Nach ist es den fäbigenen Behörden und der privaten Wohltätigkeit überlassen, für die Bedürftigen zu sorgen. In Dallas, der zweitgrößten Stadt im Staate Texas, in dem ich mich augenblicklich aufhalte, hatten 100 der gefaßten Einwohner nach Meinung der Öffentlichkeit nicht genug gependert. Da erschien überraschend eine Liste dieser hundert Namen in den Zeitungen von Dallas mit genauer Angabe, mit wieviel jeder einzelne von ihnen in den Sammelstellen verzeichnet wurde und wieviel die betreffende Persönlichkeit oder Gesellschaft nach Meinung der Zeitung hätte zeichnen müssen: Beträge zwischen 500 und 10 000 Dollar. Ich vermute, daß jeder dieser einhundert Leute es nicht zum zweitenmal moegen wird, sich einer Aufzählung zur Zeichnung hoher Sammelbeträge zu entziehen.

Ein mit den Verhältnissen sehr vertrauter städtischer Beamter in San Francisco berichtet mir allerdings, daß nach seinen traurigen Erfahrungen von diesen Sammlungen mehr als 50 Prozent für Propagandabullen, Administration, Gebälter — „and something else, you know“ — draufgingen.

A. E. Johann.

schleiere an der abblehenden Faltung Rumaniens und Jugoslawiens. Unter diesen Umständen könnte der Gedanke naheliegen, daß die Türkei, Griechenland und Bulgarien den Anforderungen der beiden anderen durch einen engeren Zusammenhüllig beantworteten. In Sofia hat man offenbar an solche Möglichkeit gedacht und sie herbeigewünscht. Das ein Dreipaß Athen—Sofia—Angora den Bündnissen Italiens entspricht, ist bekannt.

Aber Griechenland und die Türkei — dies kann nicht fortgenötigt betont werden — denken gar nicht daran, italienische Ballantage zu treiben. Die Einmischung Italiens in die Balkanfrage ist ihnen ebenso verhaßt wie die Bindung weiterer Balkanstaaten an Frankreich. Dazu kommt die Ablehnung der Redaktionspolitik durch Athen und Angora, die von den Ungarn zu ihrem Bedauern festgestellt wurde und jetzt auch von den Bulgaren festgestellt werden müßte. Jeder Versuch ist mit Beneidens berührt, daß der Traum voller Ballantageung sofort zu Schanden werde, wenn die Türkei und Griechenland die Revisionsforderungen der Bulgaren und Ungarn unterstützen. Nach türkischer Auffassung wäre dies das beste Mittel, den Frieden auf dem Balkan erneut zu erschüttern, während die von Athen und Angora erstrebte friedliche Ballantageung sicher die allmähliche Festigung von Frieden der Friedensverträge ermöglichen würde.

Der Bulgarenbesuch in Angora hat ein kleines prächtiges Ergebnis gebracht: die Einigung eines türkisch-bulgarischen Ausschusses zur Neuregung der Wirtschaftsverhältnisse zwischen den beiden Ländern. Aber dazu war Bulganow wohl schwerlich mit einer ganzen Parlamentarierdelegation in die Türkei gereift!

# Der Kampf um den Schilling

Die besorgniserregende Entwicklung der österreichischen Währungsfrage hat zu Gerüchten über eine geplante Notenabstimmung Veranlassung gegeben, die ihren Weg in die Presse gefunden haben. Um eine Verunsicherung zu vermeiden, wendet sich die Oesterreichische Oesellschaft mit einer Erklärung an die Oesellschaft, daß weder eine Notenabstimmung noch ein Zentral-Transferratoriums denkbar ist.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere getrigge Erklärung, daß eine einseitige Oesetzierung eines Transferratoriums nicht in Betracht kommt. Entschieden bei der weiteren Maßnahme der österreichischen Regierung werden die Anfang Januar in Oesthaffenden Kreditverhandlungen sein. Sollte ihr Ergebnis unbedeutend sein, so werden sich weitere Befürchtungen den Zahlungserlösen mit dem Ausland nicht vermeiden lassen.

# Eintägiger Gewerkschaftsstreit in Indien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 30. DEZEMBER

Die Oesellschaft des indischen Gewerkschaftsrats hat einen eintägigen Generalstreik für den 4. Februar 1933 programmiert. Diese Maßnahme hat rein demonstrierenden Charakter und soll der englischen Regierung die Macht der indischen Gewerkschaften vor Augen führen.

# Frankreichs Notstandsarbeiten

Die großen öffentlichen Arbeiten, die in Frankreich mit Hilfe des vom Parlament zur Einberung der Arbeitslosigkeit bewilligten Milliardenanleihen durchgeführt werden sollen, werden bereits

in der ersten Hälfte des Monats Januar in Angriff genommen. Die interessierten Ministerien sind vom Ministerpräsidenten Kanal angewiesen worden, die ihnen zur Verfügung gestellten Gelder „in aller Dringlichkeit“ zur Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen zu verwenden.

# Wostschastef Caftro Unterrichtsminister?

Professor Americo Castro, seit Mai dieses Jahres spanischer Botschafter in Berlin, wird voraussichtlich seinen bisherigen Posten aufgeben, um das Unterrichtsministerium seines Heimatlandes in der neuen Regierung Spania zu übernehmen. Als Berliner Nachfolger wird, wie man berichtet, der Deputierte der Nationalversammlung Claudio Sanchez Albornoz (Radikale Partei) genannt.

# Autounfall des englischen Innenministers

Der englische Innenminister Sir Herbert Samuel erlitt gestern einen Autounfall auf dem Highway von einer Straßenecke. Der Wagen wurde erheblich beschädigt. Sir Herbert Samuel blieb unversehrt.

# Oesterreich verlängert Demonstrierungsverbot

Die Regierung hat beschlossen, das zunächst nur bis zum 6. Januar befristete Aufmarsch- und Versammlungsverbot bis zum 31. Januar zu verlängern.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willig Sauer, Berlin

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Bei besonderen Umständen kann die Ausgabe außer Freikost ein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises — Taglich: „Unterhaltungsblatt“ — „Finanz- und Handelsblatt“ — Wöchentlich einmal: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ — „Literarische Umschau“ — „Reise und Wandlung“ — „Recht und Leben“

Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen  
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN













Diskont von heute

Von Rudolf Beerensson

Bei den noch immer nicht zu Ende geführten Verhandlungen über Senkung der Bank- und Sparkassen-Zinsen hat sich eine interessante Sineswandelung offenbart: die Sparkassen, früher die laute(r)sten Rufer im Streit für einen hohen Einlagezins, drängen heute auf eine sehr geduldeten Konkurrenz-Ermäßigung. Ob die von ihnen verfolgte Taktik wirtschaftlich zweckmäßig ist oder nicht, bleibt zunächst dahingestellt. Sicher ist, daß ihr Verhalten im Einklang steht mit dem Sinn und Zweck der großen Notverordnung, deren Tendenz auf Abbau aller Preise und aller Kostenstellen gerichtet ist.

Wenn die Sparkassen sich so schnell entschlossen haben, das Steuer heranzufordern, und den in Aussicht genommene wüßig Gefolgschaft leisten, ja, darüber hinaus sich sogar gerade als Verfechter der Regierungspolitik aufwerfen, so hat natürlich ein Einfluß auf die sehr geduldeten Konkurrenz von früher ohne eigenes Zutun aus dem Felde geschlagen ist: Am Froivorkerkmarkt der festverzinslichen Wertes, wo noch immer Angebote und Nachfrage über den Kurs und die Rendite bestimmen, hat zwar die Effektivverzinsung eine schwindende Höhe erklommen. In breiten Publikumskreisen aber ist der Pfandbrief- und Anleihe-Erwerb verlaufe, und, wie wir fürchten, auch noch für geraume Zeit durch die Zwangs-konvertierung heillos diskreditiert, so daß sich zur Zeit neben den Sparkassen nur noch die Banken an dem Verben um den Spargroschen beteiligen.

Der wahre Grund für die Schwenkung in der Sparkassenpolitik liegt indessen viel tiefer und ist in der ganzen Ebene zu suchen. Die Notverordnung hat die Diskontenermäßigung der Reichsbank von 8 auf 7 pCt. geführt haben. Es ist wohl das eigentümliche Merkmal der Denkmalsnotverordnung, daß sie nicht nur über materielle, sondern auch über wirtschaftliche Denken sehr weitgehend beeinflusst hat. Grade auf dem Gebiete der Geld- und Währungstheorie scheinen zunächst alle allherkömmlichen Vorstellungen über den Haufen geworfen. Schwor man bisher auf die These, daß in der kapitalistischen (also freien) Wirtschaft das Preisniveau durch eine allherkömmliche Nachfrage über den Preis durch eine Diskontsenkung indessen emporgeloben wird, so setzte sich der Meinung mit elegantem Schwung über alle früheren Beschränkungen hinweg, daß die Preisbildung durch Zinssenkung auf dem langfristigen Kapitalmarkt durch allgemeiner verbindliches Gesetz, am Goldmarkt vermittelte anderer in der Praxis nicht weniger wirksame Merkmale.

Mit der Theorie vertritt sich das durchaus. Das oben zitierte wirtschaftliche Gesetz trägt nämlich in der gewählten Fassung die Begrenzung seines Gültigkeitsbereiches in sich. Jeder Käufer braucht, um sich ein Gut zu verschaffen, die Wirtschaft auf eine Basis zu stellen, die außerhalb des Gültigkeitsbereiches dieses Wirtschaftsgesetzes liegt. Er tut dies durch die geschiedene Freizug-Verkaufung, sogenannte Preisenkung. Damit ist keineswegs die Theorie widerlegt, aber eine bisher bestehende Kausalverknüpfung, das natürliche Abhängigkeitsverhältnis von Zins und Preis, ist zu rücken worden.

Der der Reichsbank gestockte Aufgabenbereich bekam nun ein neues Gesicht. Ihre vornehmste Pflicht, für die Sicherheit der Wahrung zu sorgen, erstreckt sich fast nur noch auf die Aufrechterhaltung der Kaufkraft im Innern ist die Notenbank vorläufig weitgehend entbunden. Wenn der Preisenkung seine ursprüngliche Bedeutung so bedarf ist nicht mehr des Druckes einer Kreditverwertung und einer Verringerung des Kreditvolumens, um die Preise zu senken. Mit schlecht vertriehlenem Mistfallen über die letzte Diskontsenkung hinweg, haben sie ausdrücklich eine Stellungnahme zu diesem Schritt der Reichsbank ab. Das ist vielleicht die einzige Konsequenz, deren sie sich bisher gewiß nicht ihres. Ihre Kreditverwertung ist nicht schuldig gemacht haben. Juristisch stand es im freien Ermessen der Reichsbank, auf welcher Höhe sie ihren Diskontsenkung festzusetzen wollten. Die Zinsen für die Schuldverträge hätte indessen unfehlbar zu einem Chanc führen müssen, wenn man nicht versucht hätte, auch am Geldmarkt eine Senkung durchzuführen. So ist, wie wir wirtschaftlich betrachtet, die Diskontsenkung ein Beweis für die Notverordnung selbst geworden. Da sich die einzelnen Mitglieder dieser Preisenkungswerkes gegenseitig bedingen, kann man aber nicht behaupten, daß sie sich absichern, nur summarisch gutzuheißen oder verdammen.

Vorerst besteht kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß die Preisenkung über die Konkurrenz im In- und Ausland, nicht über den Zugriff des Preis-kommissars, unterworfen sind, dürfen aber nicht notwendig eine Senkung erfahren. Die freien Preise, die der Konkurrenz im In- und Ausland, nicht über den Zugriff des Preis-kommissars, unterworfen sind, dürfen aber nicht notwendig eine Senkung erfahren. Die freien Preise, die der Konkurrenz im In- und Ausland, nicht über den Zugriff des Preis-kommissars, unterworfen sind, dürfen aber nicht notwendig eine Senkung erfahren. Die freien Preise, die der Konkurrenz im In- und Ausland, nicht über den Zugriff des Preis-kommissars, unterworfen sind, dürfen aber nicht notwendig eine Senkung erfahren.

So betrachtet, hat die Notenbankleitung bei der Festsetzung des Diskonts und der Abgrenzung des Kreditvolumens die Augenmerk nur auf zwei Faktoren zu richten: auf die Entwertung der freien Preise und auf die Fluktuationen des Gesamtwirtschafts. Die meisten unter den Angehörigen der Wirtschaft, nämlich das Stillehaltabkommen in der gegen-

wärtigen (oder eine hoffentlich bald verbesserten) Form bewahrt, hat sich der Aufgabebereich der Reichsbank in bezug auf die Devisenpolitik ebenfalls ungeheuer vereinfacht; sie braucht nur darauf aufpassen, daß ein genügendes Zinsgefälle der nötigen deutsche Kreditnachfrage im Ausland verhindert. In dieser Beziehung ist eine tragische Umkehrung der früheren Verhältnisse eingetreten. Als Dr. Schacht noch Reichsbankpräsident war, bestand lange Zeit hindurch ein wichtiges Problem darin, wie man den allzu starken Zuflüssen ausländischen Kapitals einen Damm entgegenzusetzen konnte. Eine Diskontsenkung zur Abschreckung des Zuflusses auf dem heimischen Markt, die Konkurrenz im Inlande hervorgerufen, und eine Zinserhöhung hätte das Ausland verlockt, seinen Kapitalüberschuß in immer steigendem Umfang in Deutschland zu investieren.

Senkung der Treibstoffpreise

Verordnung des Wirtschaftsministers

Im Rahmen der Preisaubau-Aktion der Regierung ist jetzt eine besondere Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums über die Senkung der gebundenen Antreibstoffpreise (Benzin, Dieselöl, Gasöl) erlassen worden. Während im übrigen fast allgemein ein Prozentsatz Abbau der Preise als Norm gewählt wurde, hat man sich bei den Antreibstoffpreisen teilweise mit einer geringeren Ermäßigung begnügen lassen. Die Senkung der Preise der Aktion auch ausdrücklich in der Verordnung des Wirtschaftsministers bezeichnet wird, hat ihre Ursache offenbar darin, daß diese Antreibstoffe im Auslande durch die Stoffproduzenten die Preise im Laufe der letzten Zeit bereits eine starke Ermäßigung erfahren haben. Namentlich gilt dies für Woodstock, das sich, wie einmütlich der Wettbewerb zwischen Konvention und Außenseitern in besonders scharfen Formen vollzog.

Die neue Verordnung bestimmt, daß die örtlichen Zapfstellenpreise bis zum 1. Januar in den Zonen VII, VIII, VIIa und IX und in den Ausnahmeplätzen dieser Zone um mindestens 2,5 Reichspfennige je Liter gegenüber dem Stand vom 30. Juni 1931 zu senken sind. Dabei wird jedoch bestimmt, daß in den Orten, in denen am 10. Dezember 1931 dem Verbraucher bei Entnahme aus der Zapfstelle auf den offiziellen Zapfstellenpreis nachläßt sich mit oder ohne Abschlag auf den Gebietspreis, die Senkung auf den Gebietspreis bis zum 1. Januar um den vollen Betrag des jeweils gewährten höchsten Nachlasses je Liter gegenüber dem Stand am 10. Dezember 1931 zuzurechnen ist.

Diese Bestimmung ist praktisch bedeutungsvoll, da Ende Oktober von der Benzinkonvention ein Rabatt von 2 Pfennigen pro Liter für diejenigen Abnehmer eingeführt wurde, deren Entnahme an der Zapfstelle monatlich über 100 Liter Benzin betrug. Wenn man diese „versteckte Verbilligung“ der Benzinpreise in Rechnung zieht, so ergibt sich ein Abschlag, der die gesamte Preisenkungsaktion für die Abnehmer über 100 Liter fast gegenstandslos geworden sind. Wie sich

Inerhalb des so gezogenen Rahmens ist die Reichsbank in ihren Entschlüssen frei. Es besteht kein Anlaß, den Diskontsatz höher zu bemessen, als zur Erhaltung des Exportüberschusses und zur Verhinderung von Valutakreditrückzahlungen unbeding notwendig ist. Vorerst wird man freilich die Unterbewertung des Jahresresultats und das Ergebnis der Stillhaltungsverhandlungen abwarten müssen. Dann aber sollte man nicht zögern, eine Revue des konventionsnahen unter den ökonomischen Zeitpunkt ins Auge zu fassen. Wenn die zwei fundamentalen Voraussetzungen erfüllt sind, so würde es nicht schaden, wenn die Verbilligung und die Erleichterung des Kredits zu einer Belebung der Wirtschaft führte. Im Gegenteil; dies ist der einzige Weg, den die Notverordnung zur Besserung der gegenwärtigen Zustände eröffnet hat.

Die Preise in den einzelnen Gebieten gestalten werden, hängt von der schon bisher unterschiedlichen Preisbewegung in den einzelnen Zonen ab. Die Preise für Benzin 34, für Gemische 38 und für Benzol 45 Pfennige je Liter.

Bier wird billiger

Die Senkung des Bierpreises auf Grund der Notverordnung wird eines der interessantesten Preisereignisse überhaupt sein, weil die Brauereien, die sich in der Krise der Industrie und Gewerbe ist und sich danach feststellen lassen wird, wie weit in der Krise eine Preisenkung zur Belebung führt. Wir haben gestern bereits gemeldet, daß die Brauindustrie und die Behörden verhandeln und der Reichswirtschaftsminister der Industrie zunächst bis spätestens 1. Februar Dispens von der Preisenkung erteilt hat. Die Brauereien wirken im Interesse der Hebung des besonders in den letzten zwei Monaten stark gesunkenen Ausstoßes eine drastische Preisenkung durchzuführen, die stellenweise bis zur 25 pCt. des heutigen Preises gehen soll. Durchschnittlich kommen über 10 pCt. des Ausschankpreises heraus.

Vorbereitung ist, wie man aus der Gründung des Notbundes deutscher Brauereifabrikanten entnehmen kann, ein Brauereibund, der die Interessen der bayerischen Regierung besonders wohlwollend gegenübersteht. Die höheren Erträge aus den zahlreichen Steuererhöhungen in Bezug auf die Biersteuer seit dem 1. Mai 1930 werden durch die Abstrichung jetzt mehr als wettgemacht. Wenn eine Belohnung eintritt, würde auch der Fiskus nur Nutzen davon ziehen.

Die Verhandlungen in den Ministerien sind noch nicht abgeschlossen, an ihrem guten Willen ist nicht zu zweifeln, aber schwerwiegende Erwägungen anderer Art lassen den Entschluß nur langsam reifen. Mehr als 40 pCt. der Ausschankpreise kommen auf Steuern. Eine für das gesamte Braugewerbe tragbare Steueränderung müßte weit zurückgeführt. Es ist nicht zuzufügen, daß dem Gewerbe der Brauindustrie ein erheblicher Schaden droht. Die Abstrichung im Interesse der Landwirtschaft ist schnelles Handeln notwendig. 1929 wurden 25 Mill. Zentner Gerste an das Malz- und Braugewerbe verkauft, im Jahre 1930 nur noch 15 Millionen, beim Hopfen sank der Verkauf auf 250 000 auf 150 000 Zentner.

Alfeld-Delligens in Konkurs

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HANNOVER, 30. DEZEMBER

Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens bei den Maschinen- und Fahrzeugfabriken Alfeld-Delligens AG. in Alfeld (Leine) ist dem Amtsgericht in Stegatal am 29. Dezember das Konkursverfahren über das Vermögen der Gesellschaft eröffnet. Zum Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Bruno-Alfeld-Leine bestellt worden. Der erste Gläubigertermin ist auf den 11. Januar 1932 vor dem Amtsgericht Alfeld angesetzt. Der frühere Aufsichtsratsvorsitzende der Gesellschaft, Bankdirektor Carl Malender-Berlin und Bankier Siegmund Meyerstein-Hannover, sind vor einiger Zeit aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden, so daß nur noch die Bankfirma H. F. e. i. d. C. o., Hannover, im Aufsichtsrat verbleibt. Die Gesellschaft befindet sich ebenfalls in Zahlungsschwierigkeiten befindet.

Nur eine ostpreussische Handelskammer

Der Preussische Handelsminister hat auf Grund des Handelskammergesetzes und der Verordnung vom 23. Dezember die Handelskammer Königsberg, Elbing, Tilsit, Insterburg und Allenstein aufgelöst und sie zu einer Kammer mit dem Sitz in Königsberg vereinigt. Die Neuetzung tritt mit dem 15. Februar in Kraft. Gestern meldeten wir die Zusammenstellung der Handelskammer in Königsberg an. Die am 1. April wirksam wird. Es ist erfreulich, daß die Proteste der regionalen Handelskammer Ostpreußens die Vereinachung der Verwaltung nicht hindern haben.

Kündigungen bei der Gutehoffnungshütte Oberhausen.

In Laufe der letzten Monate mußten sechs Arbeiter bei der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, die an die Gutehoffnungshütte eingekauft worden, die Gesellschaft beabsichtigt, jetzt die Kohlenförderung ihrer Zeche „Vondern“ ganz einstellen und nach der Zeche „Jakob“ zu verlegen, so daß der Grubenbetrieb verbleibende Zeche „Vondern“ auf der Schachtanlage „Vondern“ nur noch die Seilfahrt der Bergschacht stattfindet. Zugleich soll eine Einschränkung der Förderung eintreten. Weiter soll auf der Zeche „Osterfeld“ der Grubenbetrieb verbleibende Zeche „Vondern“ auf die dortigen 950 Bergleute entbehrlich. Dazu kommen noch 35 Bergleute und Angestellte.

1.441 Mill. Kapitalverkehrsteuererhöhungen im November. Geht man an Kapitalverkehrsteuererhöhung von 100 Mill. Reichsmark auf. Hiervon entfallen 400 Mill. RM auf Gesellschaften, die bei der Erhebung der Zeche „Jakob“ in B. Die Borsensammler erbrachte noch 430 000 RM. Für die ersten sechs Monate der Rechnungsjahre 1931 ergibt sich eine Einnahme an Kapitalverkehrsteuer von 2.802 Mill. gegenüber 6.538 Mill. RM.

im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Borsensammlersteuer ist von 1.534 auf 1.441 Mill. RM zurückgegangen. Die Erhöhung ist die Einmalerschöpfung bei der Wertpapiersteuer, die aus verzinlichen inländischen Schuld- und Rentenverschreibungen usw. entfällt. Die Erhöhung der Kapitalverkehrsteuer ist durch die Abschaffung der Erbschaftsteuer und die Erhöhung der Einkommensteuer und andere Anteile (0,15 (0,35) pCt. RM auf. Bei der Gesellschaften erbrachte noch 430 000 RM. Für die ersten sechs Monate der Rechnungsjahre 1931 ergibt sich eine Einnahme an Kapitalverkehrsteuer von 2.802 Mill. gegenüber 6.538 Mill. RM.

S. Adam bietet 100pCt.

In der Gläubigerversammlung der Konfektionsfirma S. Adam, Berlin, gab der Vorsitzende als Ursache der Zahlungsschwierigkeiten das Vorgehen einer Schweizer Bank an, die Hypothekengläubigerin mit 4 Millionen RM ist und die Bank für die Zahlungsschwierigkeiten der Firma S. Adam verantwortlich macht. Die Bank hat sich bereit erklärt, die Forderung zu befriedigen, wenn die Firma S. Adam 16. und 23. Dezember Mobilbar der Bank im Wert von 59.916 RM und einen Teil des Warenlagers im Gegenwert von 97.750 RM sowie einen Betrag von 2.800 RM in bar gefand hat. Das Vorgehen der Schweizer Bank ist gesezlich als unzulässig da die Bank die Forderung nicht als Hypothekengläubigerin in das Privatvermögen des Schuldners offen gelassen hat.

Über den Status wurde mitgeteilt, daß sich die gesamten Warenoschuldungen auf 220 000 RM belaufen, denen 100 000 RM an Aktiven ca. 100 000 RM an Aktiven ca. 180 000 RM aktiv ist. Unberücksichtigt dabei sind Verwandtenforderungen und Darlehensforderungen. Die Aktiven sind die Grundstücke zuzüglich des Wertes der Hypothekengläubiger in das Privatvermögen des Schuldners offen gelassen hat.

Das Geschäft soll völlig von den Grundstücken getrennt und vom Verkauf auf 100 RM zurückgeführt werden. Für die Grundstücke der Gesellschaft einem etwaigen Weisen Eingriff entgegen. Die Grundstücke der deutschen Banken sind mit diesen Vorgehen nicht einverstanden, während mit dem Zustimmung der Schweizer Gläubiger durch Verhandlungen zu erreichen soll. Zweckes Kostenersparnis sieht man zunächst von der Eröffnung der Zeche „Jakob“ in B. Die Borsensammler erbrachte noch 430 000 RM. Für die ersten sechs Monate der Rechnungsjahre 1931 ergibt sich eine Einnahme an Kapitalverkehrsteuer von 2.802 Mill. gegenüber 6.538 Mill. RM.





